

Wolfgang Clement

Zur Lage in Deutschland und Europa – Was jetzt zu tun ist

Rede zum Libori-Mahl 2011

am 24.07.2011 zu Paderborn

- Es gilt das gesprochene Wort -

Gesperrt bis 24.07.2011, 19 Uhr

Es ist heute der erste Sonntag nach dem entsetzlichen Blutbad, das ein Täter – oder doch mehr? – in Oslo und auf einer Insel vor der norwegischen Hauptstadt anrichtete. Über 90 Menschen, ganz überwiegend junge Menschen, sind dem bestialischen Morden zum Opfer gefallen. Norwegen trauert. Und ich denke, auch wir sind heute in vielen Gedanken und Gebeten bei den Toten und den Trauernden in Norwegen und fühlen mit ihnen.

Auf der Fahrt gestern auf der Autobahn, aus Hamburg kommend, hörte ich im Norddeutschen Rundfunk, mehrfach eine von verschiedenen Charakterisierungen des Täters, die mich sehr irritiert hat. Denn der wurde in den norddeutschen Rundfunknachrichten als „christlicher Fundamentalist“ bezeichnet. Könnte es eine schrecklichere Begriffsverwirrung geben? Müßte nicht einem Journalisten, ehe er dies schreibt oder ausspricht, meinetwegen aus grauer schulischer Vorzeit in den Verstand kommen, daß Christsein mit einem Gott zu tun hat, der die Liebe personifiziert und uns die Nächstenliebe abverlangt, die heute als solche oder auch als Solidarität bezeichnet unser Zusammenleben in Frieden und Freiheit erst ermöglicht? Nie paßte das zusammen – Christ zu sein und Gewalt gegen Andere zu verüben. Das schließt sich fundamental aus und darf auch und unter gar keinen Umständen, auch nicht im gelegentlich allzu flotten Journalismus begrifflich verkuppelt werden!

Gerade an einem Sonntag wie heute, an dem man im Blick auf die Bilder der wahnsinnigen Mordtaten vom vergangenen Freitag an unserer Welt verzweifeln möchte, ist es vermutlich für viele von uns der einzige Trost, sich an seinen christlichen Gott halten zu können.

---

Es ist eine beeindruckende Tradition, die uns hier und heute zusammenführt. Sie wird sichtbar in der schon im Mittelalter begründeten Sitte, hier am Liborifest zu einem schlichten westfälischen Mahl zusammen zu kommen, das nun schon seit langem von der Libori-Gilde ausgetragen wird und das der Erörterung eines in Frieden und Freiheit vereinten Europa gewidmet sein soll.

Ich danke herzlich für die Einladung zu dieser traditionellen Begegnung und dafür, hier zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Bedenkenswert ist jene Tradition ja unter verschiedenen Aspekten. Zum einen unter dem, dass an ihrem Anfang der Heilige Liborius steht, der Patron Paderborns und des Erzbistums, der im vierten Jahrhundert Bischof von Le Mans war und dessen Reliquien im neunten Jahrhundert – mit Unterstützung des Kaisers Ludwigs des Frommen – aus Le Mans nach Paderborn gebracht wurden. Dies war, wie Sie alle wissen, und das ist der zweite wesentliche Aspekt, den es hervorzuheben gilt, der Beginn einer „immerwährenden Liebesbruderschaft“ zwischen Le Mans und Paderborn, also einer europäischen Städtepartnerschaft, wie wir Heutigen sagen würden, vermutlich der ersten in Europa und möglicherweise sogar auf unserem Globus. Daß aber hier nur einige Jahrzehnte zuvor in der seinerzeitigen Königs- und Kaiserpfalz ein Grund gelegt worden war für die Kaiserkrönung Karls des Großen im Jahre 800 in Rom und damit zur Einigung des damaligen Europa unter seiner Führung, macht nicht nur die heutige Verquickung kirchlicher und weltlicher Feiern hier in Paderborn verständlich, sondern fügt von ihrem Ursprung her zusammen, was nach meiner Überzeugung zusammen gehört, nämlich: christliches und weltliches, politisches Denken und Handeln.

**Wenn deshalb je nach einer deutschen, nein, einer europäischen Leitkultur gefragt wird: Sie entstammt christlich-jüdischem Gottesglauben, sie ist aufklärerisch, demokratisch, rechtsstaatlich, aber war und ist auch heute noch von christlichem Gedankengut geprägt.**

Und wenn mir dieser Zusatz erlaubt ist: Wie wertvoll wäre es deshalb für uns alle hier in Europa, die nach Orientierung in den großen Umbrüchen unserer Zeit suchen, wenn den christlichen Konfessionen in diesem 21. Jahrhundert gelänge, was Papst Benedikt XVI. in einem Gespräch unter dem Titel „Licht der Welt“ versprach, nämlich sich unermüdlich „für die Wiederherstellung der Einheit“ der Christen einzusetzen, also der Ökumene in seinem Pontifikat höchsten Rang einzuräumen, und dies im Blick auf die Orthodoxie, aber auch auf den ökumenischen Dialog mit dem Protestantismus, den er hinsichtlich absehbarer Erfolgchancen zwar skeptischer sieht, aber dessen ungeachtet zu führen gewillt ist. Ich bin überzeugt: Viele, sehr viele auch derer, die heute im Glauben zweifeln, wünschen nichts sehnlicher als die volle Einheit der Christen in dieser Welt und einen intensiven, verantwortlichen und schließlich und endlich vor allen Gläubigen verantworteten Dialog mit den anderen großen Weltregionen.

Die globalisierte, also zusammenwachsende Welt ist auf diesen Dialog und seine Früchte dringend angewiesen.

---

**Europa aber, das weltliche Europa schien zu lahmen und die Menschen wie die Ökonomie zu lähmen – doch erstmals seit langem gibt es nun substantiellen Fortschritt, in meinen Augen: einen Lichtblick!**

Vor etwa eineinhalb Jahren wurde sichtbar, was wir seither die Schuldenkrise einzelner Euro-Länder nennen. Von Griechenland bis Irland und Portugal reicht inzwischen die Liste der Staaten, die schon vor dem Offenbarungseid standen und sich unter den europäischen Rettungsschirm flüchten mußten, und sie drohte, weitere Staaten – Italien, Spanien? – zu erfassen. Ungezählte Gipfel- und sonstige –treffen der Staats- und Regierungschefs, der Finanzminister, der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds hat es seither gegeben. Milliarden-Summen sind schon bewegt

worden. Vor drei Tagen ist nun , nachdem der erste Versuch vor aller Augen scheiterte, von Brüssel aus der zweite Anlauf gestartet worden, Griechenland vor dem finanzpolitischen Kollaps zu bewahren – mit Hilfe eines gewaltigen zweiten Kreditpakets, aber zu deutlich günstigeren Konditionen und mit Beteiligung von Banken und Versicherungen, also einem sanften – freiwilligen – Schuldenschnitt, und nicht zuletzt und endlich auch mit Hilfe eines wirtschaftlichen Hilfsprogramms, das Land und Leuten in Griechenland bei all den gravierenden Veränderungen, die ihnen – einer Kulturrevolution gleich – abverlangt werden müssen, jedenfalls eine Perspektive anbieten soll, die Chance zumindest auf Besserung der Verhältnisse.

Ob es hinreicht, „die Märkte“, wie es heutzutage heißt, zu überzeugen und zu beruhigen? Ich denke, für jeden, der sehen will, ist sichtbar geworden und sollte jedenfalls jetzt klar sein: Die Europäische Union, die Staats- und Regierungschefs zumal der Euro-Region, haben zwar gezögert und gezauert, viel gestritten, noch mehr und überflüssigerweise öffentlich geredet und gewiß auch etliche frühere Gelegenheiten versäumt, aber sie haben nun ihre Entschlossenheit unter Beweis gestellt, Griechenland nicht fallen zu lassen und es nicht zu jener großen Euro-Krise kommen zu lassen, aus der nur allzu schnell wirtschaftlich und europapolitisch eine Katastrophe werden könnte.

**Will sagen: Wer künftighin auf ein Scheitern der Europäischen Währungsunion spekuliert, der wird sich verspekulieren und wird letztlich verlieren. Diese Gewißheit hat der Brüsseler Gipfel nach meiner Einschätzung vermittelt. Motto: Der Euro wird verteidigt, mit allen Mitteln, und zwar auch, weil es mit dem Euro zugleich um Europa geht!**

Und ein zweites: Dieses Europa bewegt sich sichtbar auf die Einrichtung einer Art **Regierung für Wirtschaft und Finanzen** zu. Die Frage ist, ob die damit vorgesehene Aufsicht über die Stabilitätsdisziplin in den Mitgliedstaaten mit automatisch wirkenden Sanktionsmöglichkeiten verbunden sein wird oder doch wieder politischen Opportunitäten anheim fallen kann. Letzteres will – zu Recht – namentlich das Europäische Parlament verhindern.

Und ein drittes: Die Euro-Staaten beginnen – was Wolfgang Schäuble übrigens schon vor mehr als einem Jahr forderte – mit dem **Aufbau eines Europäischen Währungsfonds** – heute noch EFSF, ab 2013 EMF, der künftig im Markt schon dann intervenieren können soll, wenn in einem Mitgliedsstaat akute Refinanzierungsprobleme auftreten. – Allerdings soll nach dem jetzigen Stand der Dinge ein solches Einspringen des EFSF/EMF nur mit Zustimmung der Europäischen Zentralbank und der Mitgliedstaaten und nur dann erfolgen, wenn der betreffende Mitgliedstaat sich zugleich notwendigen Spar- und Reformauflagen beugt.

Das sind die derzeit wichtigsten Verabredungen der Staats- und Regierungschefs. Es versteht sich: Es ist noch eine Menge zu tun, um aus dieser Währungsunion eine auf voller europäischer Wirtschaftskraft basierende Erfolgsstory zu machen, die auch im sich verschärfenden globalen Wettstreit dauerhaft bestehen kann. Dazu bedarf es sicher mehr!

**Und dennoch. Auf dem Höhepunkt der Schuldenkrise hat der Brüsseler Gipfel, hat Europa wieder – so wirkt es auf mich – zu sich selbst gefunden. Ein Stück mehr, nicht weniger Integration, mehr statt weniger Europa wird sichtbar. Wenn auch nicht gleich bis hin zu einer europäischen Konföderation, die EZB-Präsident Trichet soeben als seinen Zukunftsentwurf beschrieben hat. Und ich stimme ihm zu, wobei der Begriff der Konföderation ja ein ziemlich schillernder geworden ist, also der konkreten, einer europäischen staats- und verfassungsrechtlichen Auffüllung bedarf.**

---

---

Fällt der Euro – fällt Europa! Dieses Risiko, von Präsident Sarkozy und Kanzlerin Merkel schon vor Monaten zu Recht beschworen, ist in den zurückliegenden Wochen immer deutlicher zutage getreten. Und wir haben zu spüren bekommen: Wenn die für die Währungsunion Verantwortlichen zögern und zaudern statt zu orientieren und zu führen, dann gerät Europa nur allzu schnell aus dem Tritt. Dann verliert die große europäische Idee, die aus jener christlich-abendländischen Tradition geboren wurde, nur allzu rasch an Attraktivität. Das zeigt sich nicht nur in den Straßenschlachten von Athen oder in den Demonstrationen in Lissabon oder Madrid. Sondern von Nord bis Süd in Europa braut sich Widerstand zusammen gegen die eine, die friedliche und freie, die wirtschaftlich gemeinsam handelnde und außen- und sicherheitspolitisch möglichst mit einer Stimme sprechende Europäische Union. Noch sind es nur die „Dagegen“-Maulhelden: Gegen Griechenland, gegen den Euro, gegen die Europäische Union, gegen alles, was tatsächliche oder vermeintliche Grenzen überschreitet. Aber niemand sollte sich Täuschungen hingeben: **So viel Distanz von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern Europas gegen eben diese ihre Europäische Union war noch nie!**

Diese Entfremdung hat Gründe. Und sie sind nicht nur in Griechenland, Portugal oder Irland zu suchen. Es zeigt sich vielmehr, daß der schlaue Ausweg, auf den Europas Regierende nach dem Scheitern der Verfassungsreferenden in den Niederlanden und Frankreich verfielen, eben nur politisch schlau war, aber die Bürger der Europäischen Union auch nicht im Ansatz überzeugt hat.

**Der Vertrag von Lissabon, der den großen, aber im ersten Anlauf leider gescheiterten Versuch einer europäischen Verfassung ersetzen sollte, ist ein staatsvertragliches Monstrum, emotionslos und für politische Laien ohne Privatissimum unverständlich. Und es hat von keiner Seite auch nur den Versuch gegeben, dem Ganzen Leben einzuhauchen.**

Ganz im Gegenteil: Europa hat jetzt nicht etwa nur einen, sondern drei statt bisher zwei Präsidenten. Zum Kommissionspräsidenten und dem halbjährlich wechselnden EU-Präsidenten gesellt sich nun auch noch der ständige Ratspräsident. Herman van Rompuy heißt er. Bei einem abendlichen Tischgespräch haben ihn die vereinten Staats- und Regierungschefs vor Jahr und Tag ausgeguckt. Man mag darauf wetten: Für mindestens 90 % der Bürger ist er bis heute ein Unbekannter geblieben.

**Und Henry Kissingers berühmte Frage, wie denn die Telefonnummer Europas laute, bleibt weiterhin unbeantwortet. Viele reden. Drei Präsidenten, die selbst in der schwersten Finanzkrise unserer Zeit um die Hoheit übers Krisenmanagement rangeln. 27 Kommissionsmitglieder, 27 Staats- und Regierungschefs. Aber: Keiner oder keine spricht allein für Europa. Und: Keiner spricht zu einer europäischen Öffentlichkeit, die es allen neuen Medien zum Trotz – leider, leider – nicht gibt. Fast alle, auf die es ankommt, sprechen fast nur für sich, für ihr Land – und nicht für alle, für's gemeinsame Europa. Das ist das schwerwiegendste Handicap dieser Europäischen Union.**

Und das ist das europäische Paradoxon: In Brüssel und Straßburg wird schon heute Mehr und Bedeutenderes beraten und entschieden als in den nationalen Parlamenten – von den Landesparlamenten unserer deutschen Prägung ganz zu schweigen. Wirtschaft und Finanzen, die Landwirtschaft zumal, Währung, Energie, Verkehr, Zuwanderung – dies alles sind Themenfelder, auf denen die EU heute schon jedenfalls wichtige, zumeist entscheidende Weichen stellt. Weit über 50 Prozent, manche meinen, es seien bis zu 80 Prozent der nationalen

Rechtsetzung, die heute schon in den europäischen Zentren geprägt oder zumindest vorgeprägt und von den nationalen Parlamenten nur noch nachvollzogen werden. Doch der Übergang der rechtsetzenden Macht in Europa vollzieht sich mehr auf dem Papier auf den Brüsseler Schreibtischen als in der Lebenswirklichkeit der Menschen, im Zuge der europäischen Schuldenkrise sogar nur aus der „Kraft des Faktischen“, weil „alternativlos“, wie die Kanzlerin gelegentlich sagt, gewissermaßen im Wege einer „Revolution von oben“. Wen könnte es wundern, daß sich in den jeweiligen nationalen Wahrnehmungsräumen, also bei denjenigen, die ja auch nur die jeweilige nationale Version vorgesetzt bekommen, Ohnmachtsgefühle breit machen, und zwar unabhängig davon, ob die jeweils gesetzten bzw. diskutierten europäischen Regeln sinnvoll oder sinnwidrig sind – sinnwidrig wie beispielsweise die Energiesparlampen, der Biotreibstoff oder die verkleinerten Duschköpfe.

**In der Wahrnehmung einer zunehmenden Zahl von Bürgern scheint Europa – hektisch und hyperaktiv nach außen – in Wahrheit jedoch einer nicht geklärten und deshalb auch nicht erklärten Zukunft entgegen zu treiben. So kommt's, daß sich immer mehr Menschen an das nächstliegende Nationale klammern. Die EU scheint immer mehr, immer umfassender zu werden, aber die europäische Idee verkümmert.**

Der Lissabon-Vertrag hat auch nicht eingelöst, was bei Einführung des Euro von Regierungen und Parlamenten versprochen worden war, nämlich: daß der Währungsunion alsbald die politische Union folgen werde. Und dies hieß im Kern, daß es zu einer gemeinsamen, zumindest auf das Engste koordinierten Wirtschafts- und Finanzpolitik kommen müsse, um vor allem die Spannungen innerhalb der Währungsunion mit den – wie sich jetzt vor allem an der „südlichen Peripherie“ der EU zeigt – äußerst unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der beteiligten EU-Länder ausgleichen zu können. Es rächt sich heute, daß es dazu nicht gekommen ist. Und es war auch falsch – und wird nun zu Recht schrittweise korrigiert –, daß deutsche Bundesregierungen den französischen Versuchen, eine europäische „Wirtschaftsreglerung“ ins Leben zu rufen, über lange Zeit widersprochen haben, ohne sie auch nur im Ansatz aufzunehmen.

**Es zeigt sich: Der Euro ist zwar – nach innen wie nach außen – weiterhin stabil, übrigens stabiler als die D-Mark war. Die Verpflichtung der EZB auf die Geldwertstabilität war also richtig und hat bis heute gehalten. Aber die begleitenden Regelungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bis hin zum Schuldenübernahmeverbot innerhalb der EU haben nicht gehalten, was sie versprochen. Hier, an diesem Punkt muß dringend nachgearbeitet werden – und zwar im Sinne einer europäischen Stabilitätskultur, die – wie schon gesagt –**

**zweifelsfrei sein muß und nicht mehr politischen Opportunitäten ausgesetzt werden darf. Dazu sind die bisherigen Vereinbarungen der Staats- und Regierungschefs nicht hinreichend. Der Präsident der Europäischen Zentralbank hat das soeben in einem Interview der „Süddeutschen Zeitung“ noch einmal unterstrichen: Er rate den Regierungen und europäischen Institutionen, so Trichet, „die nötige Überwachung zu schaffen, die automatisch, schnell und so effektiv wie möglich“ funktionieren müsse. Sanktionen seien dabei „von entscheidender Bedeutung“, appellierte er an den europäischen Rat, das Europäische Parlament und die Kommission. Und auch in diesem Appell kann ich ihm nur zustimmen.**

---

Die Staatsschuldenproblematik hält derzeit alle Industriestaaten gefangen, von Japan über die USA bis Europa. Und auch, wenn die Ursachen sehr unterschiedlich sind – in Japan standen am Anfang die hochverschuldeten Banken, in den USA die Privathaushalte und in Europa die öffentlichen Hände – , so sind die Staaten der westlichen Welt doch gemeinsam verpflichtet zu verhindern, daß die Schuldenkrisen eskalieren. Wir haben, wenn auch auf recht unterschiedliche Art und Weise, über Jahrzehnte über unsere Verhältnisse gelebt. Der „Fall Griechenland“ ist deshalb auch nur ein besonders exzessives europäisches Exempel. Aus staatlichen Haushalten – mehr oder weniger „schattig“ – zu Lasten der Zukunft zu leben und – vor allem – zu konsumieren, läßt sich nicht mehr fortsetzen. Es geht deshalb durchaus auch um eine selbstkritische Überprüfung unserer Gesellschaftsmodelle, und zwar bis hin zur Konsequenz eines ansonsten drohenden Staatsbankrotts, der deshalb nicht nur denk möglich sein muß. Ich bin überzeugt: Nur wenn wir uns dieser Herausforderung mit aller Konsequenz stellen, werden wir auch im 21. Jahrhundert die Überlegenheit von Demokratie und Marktwirtschaft unter Beweis stellen können. Der Anpassungs- und Entscheidungsdruck ist allerdings groß.

Die Lehman-Pleite hat uns allen die weltweiten Ansteckungsgefahren eines großen Bankenbankrotts vor Augen geführt. Sie hat allen gezeigt: Wenn die Märkte den Glauben daran verlieren, daß die Staaten oder Staatengemeinschaften ihre Probleme lösen, dann droht der große Kladderadatsch. Entsprechend gelten heute von Japan bis Europa als Leitlinien des Handelns a) die Konsolidierung und Disziplinierung der öffentlichen Haushalte, b) strukturelle Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Stimulierung von Wachstum, und c) eine Stabilisierung des Finanzsystems, also Banken, Versicherungen und andere in die Lage zu versetzen, die Wirtschaft ausreichend mit Geld versorgen zu können.

**Allerdings lehrt ein Blick auf die sich zuspitzende wirtschaftliche Situation in Griechenland, daß Konsolidieren, Sparen und Reformieren zwar unabweisbar notwendig, aber für sich genommen kaum hinreichend sein werden, ein angeschlagenes Land wie dieses in eine einigermaßen verlässliche Zukunft führen zu können. Erforderlich sind zudem Investitionen, um die im Land schlummernden Wachstumskräfte zu initiieren und zu stimulieren und den Bürgern des Landes, namentlich den jungen Generationen bei alledem, was ihnen derzeit abverlangt werden muß, auch noch eine Perspektive zu vermitteln. Denn nur wer an die Zukunft glaubt, vermag sie auch zu gewinnen.**

Das ist bei den meisten, überwiegend nur finanztechnischen Diskussionen zwischen Brüssel und Athen viel zu lange verkannt, aber hoffentlich jetzt verstanden worden. Bei der EU liegen jedenfalls, wie man hört, etwa 20 Milliarden Euro an Strukturhilfemitteln für Griechenland bereit, die allerdings bisher – vor allem mangels eigentlich notwendiger staatlicher Kofinanzierungsmittel – von Athen nicht oder nur zu einem Bruchteil abgerufen worden sind.

**Es mag der Hektik der Beratungen geschuldet sein, aber es kennzeichnet auch die bürokratische Abgehobenheit der europäischen Prozeduren, daß nicht viel früher realisiert worden ist, daß eine Art „Marshall-Plan“-Hilfe für ein Land wie Griechenland die politische Lage dort erheblich entspannen und die wirtschaftlichen Perspektiven deutlich verändern könnte.**

Immerhin währt die „griechische Krise“ als europäisches Problem schon seit Monaten. Wenn deshalb jetzt eine europäische „Task Force Griechenland“ in Gang gesetzt wird, die sich um eine schnellere Auszahlung von EU-Fördermitteln und um die Überwindung sonstiger bürokratischer Probleme kümmern soll, dann ist dies jedenfalls ein Anfang. Bescheiden, bürokratisch, aber doch ein Anfang.

**Hier kommt übrigens, aber nicht nur nebenbei gesagt, ein grundlegendes Problem der derzeitigen europäischen Strukturen zum Vorschein: Sie sind immer noch überwiegend administrativ dominiert – und sie werden ganz überwiegend aus den nationalen Administrationen statt von den nationalen Parlamenten gefüttert.**

Nur so ist beispielsweise zu erklären, daß es inzwischen alle möglichen und unmöglichen europäischen Regulierungen vom Rauchverbot über die Energiesparlampen bis zum möglichst fettarmen Essen gibt – aber keine ernsthafte, auf rasche Ergebnisse hin orientierte Initiative zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die aus meiner Sicht größte und nachhaltigste Herausforderung unseres Kontinents.

**Wie könnte ein Europa zukunftsfähig sein, daß sich mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 40 Prozent und noch mehr in Spanien, in Griechenland oder auch im nördlichen Afrika abfände? Hier sind alle gefordert, die Regierenden, die Wirtschaft, die Bildungssysteme allerorten und aller Schattierungen. Wie können wir weiterhin über den Fachkräftemangel in unserem deutschen Sprengel räsonieren, wo doch nebenan in Europa die Fachkräfte auf der Straße stehen? Sofortiges Handeln von Politik und Wirtschaft, das Fachkräften und ihren Familien aus schwächelnden europäischen Arbeitsmärkten eine konkrete berufliche Chance und eine entsprechende Integration in unserem Land bietet, tut not. Es ist in unserem Interesse wie in dem der Arbeitssuchenden. Es ist aber auch im europäischen Interesse.**

---

**Griechenland, um es noch einmal konkret anzusprechen, ist allein mit einer Reduzierung seiner Schuldenlast nicht zu helfen. Das Land steht vor einem grundlegenden Umbau – weg vom überwiegend staatlichen, hin zum marktwirtschaftlichen Denken und Handeln. Das ist, wie wir in Deutschland aus jüngster Erfahrung wissen, aus eigener Kraft allein nicht zu schaffen. Es ist deshalb überaus wichtig und richtig, daß der Bundeswirtschaftsminister jetzt gemeinsam mit der deutschen Industrie eine „Wachstums- und Innovationsoffensive“ für Griechenland plant, in deren Mittelpunkt**

eine Investorenkonferenz mit Teilnehmern aus möglichst allen europäischen Staaten stehen soll. Es geht

- um Beratung etwa beim vereinbarten Privatisierungsprozeß,
- um die Vermittlung von Investoren,
- um den Aufbau zukunftsfähiger Wirtschaftssektoren im Tourismus, im Transport- und Logistikwesen, in der Telekommunikation, in den Umwelttechnologien oder auf dem Felde der Erneuerbaren Energien sowie
- um Investitionen in die Infrastruktur und
- nicht zuletzt um die Förderung der beruflichen Qualifikation und einer griechischen Gründerkultur.

**Der Weg dieses Landes in eine bessere Zukunft geht nur über Konsolidieren, Reformieren, Privatisieren und - Investieren!**

---

Im globalen Maßstab liegt die Verantwortung zumal bei den G20-Staaten, ein wirkungsmächtiges globales Krisenmanagement zu installieren,

# insbesondere abgestimmte Antworten auf die Problematik des „To-big-to-fail“ oder der intransparenten „Rating“-Handhabung zu formulieren – ein wichtiger Ansatz dazu scheint jetzt in Basel III mit der Erhöhung der Eigenkapitalquote für systemische Banken gefunden - ,

# der Schuldenproblematik der öffentlichen Haushalte Herr zu werden,

# die ökonomischen Ungleichgewichte zwischen den Weltregionen auszubalancieren und zwischen den verschiedenen Währungssystemen auszuräumen sowie

# dem Thema der „Nachhaltigkeit“ des wirtschaftlichen Handelns den erforderlichen Rang zu geben.

Es geht, wie sich mehr und mehr zeigt, um eine grundsätzliche Neuausrichtung des globalen wirtschaftlichen Handelns. Ob dies letztlich in den Rahmen der Vereinten Nationen oder zumindest teilweise auch in den der derzeit dahindümpelnden Welthandelsorganisation einzupassen ist, wird sich finden. Es muß sich aber auch finden!

---

**Europa aber ist gefordert einzulösen, was bei Einführung des Euro versprochen wurde, also eine gemeinsame, jedenfalls auf das Engste koordinierte Finanz- und Wirtschaftspolitik einschließlich der Arbeitsmarktpolitik sowie eine Fiskalpolitik mit einer Sanktionsautomatik für zuwider handelnde Staaten, die nicht mehr politisch ausgebremst werden kann.**

Nur so ist die europäische Währung dauerhaft zu stabilisieren und die Rolle des Euro als der Währung der wirtschaftsstärksten Region der Welt im globalen Währungsgefüge angemessen zu verankern. Dabei liegt auf der Hand, daß ein gemeinsamer Binnenmarkt und ein dementsprechend offener Arbeits-Binnenmarkt auch eine gemeinsame Zuwanderungspolitik erfordert. Und ebenso, daß eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik selbstverständlich



so wichtige Aufgabenfelder wie die Energiepolitik, die Verkehrspolitik, die Kommunikationsindustrie wie auch die Sicherheitsindustrie umfassen muß.

**Was wiederum zeigt: Der abrupte deutsche Alleingang in der Energiepolitik führt nicht nur ordnungspolitisch in die Irre einer allumfassenden staatlichen Interventionspolitik, die eine nicht zu rechtfertigende Wertvernichtung zur Folge hat und eine nicht vertretbare Subventionsorgie auslösen wird. Sie ist auch technologisch und ebenfalls europapolitisch ein Irrläufer. Denn eine wirksame Politik des Umsteuerns auf erneuerbare und hoffentlich auch neue Energiequellen und auf eine Steigerung der Energieeffizienz ist, jedenfalls wenn sie die Industriestandorte nicht gefährden soll, auf europäische Vernetzung und gemeinsame europäische Regulierung angewiesen.**

**Nichts von dem, worauf sich die europäische Politik heute konzentrieren muß, um im globalen Maßstab bestehen zu können, ist noch sinnvoll nur nationalstaatlich zu regeln und zu steuern. Weder die Währungsströme noch der elektrische Strom, weder der Schienen- oder der Luft-, der Wasser- oder der Straßenverkehr noch die digitale Kommunikation.**

Die alten Grenzbäume existieren nicht mehr, nicht einmal mehr virtuell. Und das ist auch gut so. Europa ist in seinem Binnenleben grenzenlos. Da gibt es kein Zurück mehr, es sei denn um den Preis der Abdankung Europas vom globalen Geschehen und eines ökonomischen Absturzes der meisten heutigen Euro-Länder. Niemand kann das wollen. Wir verdanken dies denen, die nach dem Elend des Zweiten Weltkrieges den Mut und die Kraft hatten, die Idee eines Kontinents des Friedens und der Freiheit verwirklichen.

**Heute brauchen wir einen neuen Kraftakt, wir brauchen einen neuen „Kontrakt für Europa“, der den europäischen Führungsfiguren abverlangt werden muß und für den die BürgerInnen und Bürger Europas gewonnen werden müssen.** Deutschland und Frankreich, der deutsch-französischen Achse für Europa, kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Das Brüsseler Gipfeltreffen hat sich ja - nicht zuletzt dank engster Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen Präsident Sarkozy und Kanzlerin Merkel - in dieser Richtung bewegt. Einen „Prozeß“ angestoßen, wie Kanzlerin Merkel es nennt. Das mag schwierig erscheinen, zumal sich der momentane „mainstream“ gegen „mehr Europa“ zu wenden scheint. Aber dieses Europa braucht eben dieses „Mehr“ an Gemeinsamkeit, an Integration und gemeinsamen Strukturen und auch ein Mehr an gemeinsamen Werten.

**Denn es geht darum, dieser faszinierenden, weil heute beispielhaft friedlichen und freien Europäischen Union, dieser wirtschaftsstärksten Region der Welt, in der jedoch in ein paar Jahrzehnten weit weniger als ein Zehntel der Weltbevölkerung leben und arbeiten wird, und den nachfolgenden Generationen einen angemessenen und im Sinne von Frieden und Freiheit zukunftsächtigen Platz in einer sich dramatisch verändernden Welt zu gewährleisten.**

---

**Daß dazu die Bereitschaft gehört, das eigene, das nationale Staatsgefüge in seinen im Laufe von Jahrzehnten verfestigten, durchaus auch verkrusteten Ausprägungen zu überprüfen, zu erneuern und damit auch europa-tauglich zu machen, sollte auf der Hand liegen.**

Ich kann und will dazu jetzt nur einige Hinweise geben, beispielhaft benennen, weil ich zunehmend zu der Einsicht komme, **daß wir in Deutschland einen Masterplan brauchen, um unsere Handlungsfähigkeit und die unserer öffentlichen Hände auch unter völlig veränderten europäischen wie globalen Bedingungen gewährleisten zu können.**

- Ich nenne als erstes Beispiel den offensichtlich überforderten, nicht ausreichend gestaltungsfähigen **Bildungsföderalismus**, der Eltern, Lehrern und Schülern allen Ernstes nicht etwa mit einer Angleichung der verschiedensten Schulformen und Schulsysteme aus 16 Ländern entgegen kommt, sondern sie mit deren zunehmender Zersplitterung konfrontiert. Es soll inzwischen an die 100 verschiedene und verschiedenste Schulformen in Deutschland geben! In einer Zeit, in der von den Menschen Mobilität selbstverständlich innerhalb unserer Grenzen und sogar darüber hinaus erwartet wird, ist es nachgerade hanebüchen, eben dieses Gemeinwesen im Innern mit immer neuen, immer mehr schulischen Grenzen zu durchziehen.
- Dies führt mich zu der Frage, ob es nicht an der Zeit ist, ganz generell **die Existenz der 16 deutschen Länder auf den Prüfstand zu stellen**, von denen mindestens elf auf Dauer schon mangels hinreichender finanzieller Ausstattung nicht in der Lage sein werden, namentlich ihre Obliegenheiten in Kindergärten, Schulen und Hochschulen auf der Höhe der Zeit einzulösen. Wir reden damit über die wichtigste innenpolitische Aufgabe, die uns gestellt ist. Ich bin überzeugt: Es ist überaus dringlich, unsere Erziehungs- und Bildungssysteme im Innern zu erneuern. Weder in den Kindergärten noch in den Schulen noch in den Hochschulen noch gar in der Weiterbildung gehören wir heute noch zur Weltpitze. Eine einzige, allerdings bedeutende Ausnahme, nämlich unser duales Berufsbildungssystem, gibt es noch. Auf allen anderen Feldern gehören wir als eine der stärksten Wirtschaftsnationen nicht mehr zu den besten Zehn auf der Welt. Immer noch rund 70.000 Jugendliche, die pro Jahr ohne jedweden Schulabschluß bei den Agenturen für Arbeit anklopfen, sprechen eine deutliche Sprache. Das darf so nicht weiter gehen! Das ist individuell wie kollektiv katastrophal. Das dürfen wir uns zumal als ein Land, das sich in einem tiefgreifenden demografischen Umbruch befindet - nicht länger leisten! Und das kann nur heißen, mehr Kraft, mehr Kreativität und natürlich auch wesentlich mehr Geld in die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde, in die Zukunft unseres Landes zu investieren. In eine pflichtige vorschulische Erziehung, in Ganztagschulen, vor allem aber in kleinere Klassen - mit grundsätzlich nicht mehr als 20 Schülerinnen und Schülern -, in mehr Lehrerinnen und Lehrer und bundesweit gemeinsame schulische Standards. Und da macht es durchaus Sinn zu fragen, ob es nicht an der Zeit ist - statt daß von den Ländern ständig neue Schulstrukturen kreiert werden -, sich einmal der föderalen Strukturen in Deutschland anzunehmen. 16 Bundesländer, mindestens elf davon auf die Dauer am Tropf der anderen und des Bundes, ergeben m.E. Gründe genug für eine föderale Remedur, an deren Ende nicht mehr als sechs bis acht Bundesländer stehen sollten.
- Im Einklang mit diesem Ansatz steht, daß die im Vergleich mit den Ländern politisch wie finanziell viel **zu schwach ausgestatteten Städte und Gemeinden** auch im Interesse lebendiger demokratischer Verhältnisse wieder gestärkt werden sollten. Bürgerliche Mitverantwortung und Mitbestimmung finden vor Ort statt. Auch deshalb sind Entscheidungen des Bundes und namentlich der Länder zu Lasten der Kommunen von Übel. Sie entspringen einer Art demokratischer Hierarchie, die unstatthaft ist. Überdies

sei nicht verschwiegen, daß größere politische und finanzielle kommunale Spielräume auch und gerade für die klein- und mittelständische Wirtschaft vor Ort von Vorteil sind. Und das macht volkswirtschaftlich viel Sinn.

- Natürlich bleibt es bei alledem eine Daueraufgabe, die **überfrachtete und nicht selten überbordende Bürokratie** im Zaum zu halten, zurück zu drängen und zurück zu schneiden - mit ihren im Regelfall viel zu lang dauernden, im weltweiten Maßstab nicht konkurrenzfähigen Genehmigungsverfahren - mit einer Unzahl an Behörden, von denen etliche längst abgeschafft gehören, - und mit (wie das Beispiel des Bundesverteidigungsministeriums zeigt) viel zu groß geratenen Ministerien, die sich auf der Bundes- wie auf der Länderebene um viel zu viel Kleinzeug und viel zu wenig um die großen Linien und Herausforderungen kümmern.

- Und auch, wenn dies seit Jahrzehnten immer wieder diskutiert und ebenso lange politisch ignoriert wird: Es bleibt notwendig, den nachhaltig, also im Blick auf künftige Generationen finanziell nicht tragbaren und dem privatwirtschaftlichen Sektor nicht ebenbürtigen **öffentlichen Dienst grundlegend zu reformieren**. Um es kurz zu machen: Im Jahr 2001 hat eine von der damaligen NRW-Landesregierung einberufene, hochqualifiziert besetzte Kommission unter der Leitung von Professor Hans Peter Bull, dem späteren Innenminister von Schleswig-Holstein, festgestellt, der öffentliche Dienst werde so, wie bis heute geregelt, den gegebenen Herausforderungen nicht oder nicht mehr gerecht. Leistungen würden nicht mehr in der höchstmöglichen Qualität erbracht. Wegen des fehlenden Wettbewerbs und fehlender Anreize gebe es kaum meßbare Leistungssteigerungen. Es fehle an Bürger- und Kundenorientierung. Führungskräfte würden nicht leistungsgerecht entlohnt. Und hinzu komme, daß die Beamtenversorgung die öffentlichen Hände in massive Finanzprobleme bringe.

Apropos: Die Zahl der Versorgungsempfänger auf allen Ebenen des öffentlichen Dienstes wird nach einer Stellungnahme der Bundesregierung zwischen 2005 und 2030 um mehr als 25 Prozent von jetzt rund 1,5 Millionen auf etwa zwei Millionen ansteigen. Und Professor Bernd Raffelhüschen, der vor einiger Zeit mit bedrückenden Ergebnissen die Entwicklung der Beamtenpensionen in NRW untersuchte - die Ausgaben nur für Pensionszahlungen werden in diesem Land in den nächsten zehn Jahren von heute 4,1 Milliarden um 60 % auf 6,6 Milliarden Euro jährlich anschwellen - hat dazu den nordrhein-westfälischen Beamtenapparat als, ich zitiere, „groß, alt, weiblich und langlebig“ charakterisiert, um auch noch hinzuzufügen: „Beamte und Beamtengattinnen leben drei Jahre länger als der Durchschnitt. Jetzt haben wir ein Malheur...“

Also kurz und knapp: Die Effizienz des öffentlichen Dienstes ist derzeit nicht auf Augenhöhe mit derjenigen der freien Wirtschaft. Kostenreduktionen, die allen zugute kämen, werden nicht oder nicht hinreichend wahrgenommen. Und der Grundsatz der Nachhaltigkeit wird durch die Belastung künftiger Generationen mit weiter ansteigenden Versorgungslasten mißachtet. Wir agieren auch auf diesem Feld auf dem Rücken derer, die nach uns kommen.

- Und schließlich und nicht zuletzt gehört hierher auch die eigentlich selbstverständliche Erwartung, daß die **Auswahl des politischen Personals** durch die Parteien transparent

und mit größtmöglicher Bürgerbeteiligung vorgenommen und endlich aus den Hinterzimmern der Politik herausgeholt werden möge. Es gibt ja nicht nur eine zunehmende Distanzierung viel zu vieler Bürgerinnen und Bürger vom europäischen Geschehen, sondern auch vom politischen Geschehen im eigenen Land. Noch nie in der bundesdeutschen Geschichte war der Frust über „die Politik“ und „die Parteien“ so groß wie heute. Dagegen ist nur ein Kraut gewachsen: Größere Offenheit und mehr Öffentlichkeit, mehr Transparenz also gepaart mit mehr Mitwirkung und Mitsprache. So werden Wettbewerb und Bestenauslese daraus. Und die brauchen wir gerade da, wo es um die Führung unseres Landes geht.

---

**Ein starker Staat setzt auf freie und eigenverantwortlich handelnde, auf starke Bürger - und nicht auf deren Bevormundung.**

**An dieser Elle gemessen sind wir heute kein starker Staat, ist - anders gesagt - viel Raum für mutige Reformen.**

So wissen wir, seit hierzulande ein unabhängiger „Normenkontrollrat“ am Werke ist, daß sich allein im Bestand des Bundesrechts gegen Ende des Jahres 2008 über 80.000 Rechtsvorschriften befanden, darin (und in europäischen Rechtsakten) sind allein 10.407 Informations- und Berichtspflichten der Wirtschaft enthalten, die dafür nach einer anerkannten Standardkostenrechnung jährlich 47,8 Milliarden Euro aufwenden muß.

Die darin zum Ausdruck kommende und bis heute nicht erlahmte **Regulierungswut** tobt sich wohl am nachdrücklichsten im Bau- und Planungsrecht, im Arbeits- und Sozialrecht sowie im Umwelt- und Steuerrecht aus. Hier kann man lernen: Der deutsche Hang zur Einzelfallgerechtigkeit per hoheitlichem Akt löst keine Probleme, aber treibt die Bürokratie und übrigens auch die Beratungskosten in die Höhe. Hierzulande haben inzwischen rund 80.000 Steuerberater überwiegend gut zu tun. Das ist annähernd die Hälfte aller in der EU tätigen Steuerberater. Wer nur die absurden, eines modernen Staates unwürdigen, weil willkürlichen Regelungen und Erläuterungen zu den 7%-Privilegien in der Mehrwertsteuer zur Hand nimmt, braucht für diese deutsche „Vormachtstellung“ keine weitere Begründung, aber bekommt eine Ahnung davon, was man als „spätromische Dekadenz“ charakterisieren könnte.

Zum Sozialgesetzbuch II gibt es inzwischen mehr als 40 Novellen. Es ist keineswegs das bürokratischste aller deutschen Regelwerke. Aber es ist ein weiteres Beispiel eines wahrhaftig umfassenden Regelungsbedürfnisses des deutschen Gesetzgebers.

Uneingestanden begründet ist diese Regelungsenergie m.E im mangelnden Vertrauen des Rechtsetzers in Bürger und Unternehmen, in Schulen und Hochschulen, ja, auch in die eigenen Behörden, denen zunehmend Ermessensspielräume zugunsten detaillierter Einzelvorgaben beschnitten.

Dieses mangelnde Vertrauen ignoriert die Fähigkeit zu Eigenverantwortung und entsprechend angemessenem Handeln von Bürgern, Unternehmen und Institutionen einschließlich Behörden. Das darin zum Ausdruck kommende Mißtrauen ist die eigentliche Quelle überbordender Rechtsetzung und ihr folgender Bürokratie. Sie scheint nicht den Bürger, sondern eher sich selber, den Rechtsetzer, als den eigentlichen Souverän zu sehen.

Ich behaupte, die zunehmende Regelungswut und Bürokratie, die - wie schon gesagt - im neuen Energierecht einen ganz besonderen Ausdruck erfährt, zumal sie im Eiltempo und ohne

ausreichende Bedenkzeit durch die Instanzen gepeitscht wurde – **diese Regelungswut ist inzwischen durchaus freiheitsgefährdend. Sie erstickt Initiative und Innovation. Sie verregelt, verriegelt, verreguliert unser Land.**

Dagegen helfen nach meiner Erfahrung keine Einzelinitiativen und Einzelmaßnahmen mehr, sondern nur ein radikales Zurückschneiden überflüssiger, nicht mehr vertretbarer Normen – wie der 7%-Privilegien im Mehrwertsteuerrecht! - und überständiger Bürokratien mit Netto-Erträgen, die in einem ersten Schritt bei 25 Prozent der heutigen bürokratischen Kosten der Wirtschaft liegen sollten. Hier ist – netto! – tatsächlich sehr, sehr viel zu bewegen. Es würde tatsächlich „mehr Freiheit wagen“ und hätte zudem die Wirkung eines Konjunkturprogramms, wie es aus keinem der in Berlin zur Verfügung stehenden Etats herauszuschneiden ist.

**All dies und noch einiges mehr, das reformiert gehört, sollte gerade jetzt, da es um Deutschland wirtschaftlich besser steht als um die meisten vergleichbaren Industriestaaten auf der Welt, angepackt werden. Wann, wenn nicht jetzt? Das vereinigte Europa ist nicht auf Schleichwegen zu haben und auch nicht ohne den Mut zu weitreichenden Veränderungen. Und das gilt nicht nur für den europäischen Süden, das gilt auch für die eigene Adresse. Packen wir's an!**